

## Ein Kommentar zu Eckart Conzes „Suche nach Sicherheit“

Peter März

An Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik herrscht neuerdings kein Mangel mehr. Zu den Titeln, die im Gegensatz dazu über die beiden Staaten Bundesrepublik wie DDR gleichermaßen handeln, insbesondere von Christoph Kleßmann und Peter Graf Kielmansegg, gesellen sich weitgehend „reine“ Monographien, die sich auf die alte wie auf die ab 1989/90 erweiterte Bundesrepublik konzentrieren und die DDR eher nur dann als Referenzfaktor aufscheinen lassen, wenn das strukturell und ereignisgeschichtlich gar nicht anders geht. So etwa bei der versuchten Penetration des einschlägigen westdeutschen friedensbewegten Milieus in der Zeit von NATO-Doppelbeschluß und sogenannter Nachrüstung durch die ideologischen und konspirativen Apparate in Ost-Berlin. Die bisherigen Monographien mit je unterschiedlicher Ausrichtung, insbesondere aus den Federn von Manfred Görtemaker und Edgar Wolfrum, werden nun durch die bislang voluminöseste einbändige Geschichte der Bundesrepublik von Eckart Conze ergänzt.<sup>1</sup> Sie muß sich somit im Blick auf die bereits vorhandenen Werke daraufhin befragen lassen, worin eigentlich ihr analytischer, vielleicht auch erzählerischer Mehrwert liegt.

Der Autor bietet eine These an, die solchen Mehrwert immerhin zu generieren verspricht: Es ist die These von dem Bedürfnis nach „Sicherheit“ als einem geradezu anthropologischen Verlangen schlechthin, gesteigert aber als zentrale Orientierungskategorie für die (West)deutschen in der Zeit nach 1945. Sicherheit wird dabei weniger als Abwesenheit von angenommener, unmittelbar physischer Bedrohung verstanden, insbesondere durch am Horizont heraufziehende kriegerische Verwicklungen, sondern vor allem als Schutz vor dem Verlust der eigenen kulturellen und materiellen Existenz wie vor dem Kollaps der diversen Beheimatungen, in denen das Individuum lebt. Die These, von Conze in verschiedenen Veröffentlichungen zuvor plausibel entfaltet, hat insbesondere dann viel für sich, wenn man die relativ linear anmutende Rekonstruktionsphase der fünfziger und sechziger Jahre – zumindest zwischen dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 und den ersten ökonomischen Eintrübungen 1965/66 – mit der objektiven wie subjektiven Unterhöhlung der bürgerlichen Existenzwelten in den zwanziger Jahren vergleicht.

Überspitzt formuliert: Die Ressource „Sicherheit“ gab es offenkundig in beachtlichem Maße während der letzten Dekaden des Kaiserreiches und dann erst wieder nach den frühesten Anfängen der Bundesrepublik, politisch manifestiert in den großen Wahlsiegen Adenauers 1953 und 1957, zuletzt vielleicht noch in Erhards trügerischem Wahlsieg von 1965. In allen Fällen kam dabei zum Ausdruck, daß die Führungsfigur auf der Kommandobrücke nach Jahrzehnten von katastrophalen Turbulenzen und Untergängen solche „Sicherheit“ vermittelte. Und so gesehen hieße Sicherheit zunächst einmal (Wieder)gewinn ökonomischer und sozialer Wohlfahrt wie kultureller Bodenhaftung, ebenso aber auch Sicherheit durch die – zweifellos alternativlose – Abkehr der frühen Bundesrepublik vom Konzept des ungebundenen deutschen Nationalstaates, für das außenpolitische Vordenker und Akteure wie Bismarck und in hohem Maße auch noch Stresemann in den zwanziger Jahren gestanden hatten. Adenauer war in einer völlig veränderten

1 Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München: Siedler Verlag 2009, 1 072 Seiten, 39,95 €.

Welt das personifizierte Gegenteil eines Kurses der freien Hand bzw. eines Navigierens auf hoher See.

Bedauerlich ist freilich, daß der Autor diese Kernthese nur kurz zu Beginn des Buches entfaltet, sie sodann aber bei den komplexen Verschlingungen der diversen außen- und innenpolitischen Prozesse nahezu nirgends mehr auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft und am Ende ganz davon Abstand nimmt, den zeithistorischen Gesamtprozeß in ihrem Lichte zu würdigen. So ist leider eine Chance vertan worden, und das Gesamtwerk kommt im Resultat reichlich konventionell daher, eben als der Versuch einer Gesamtgeschichte, die sich, wie die Historiker dies nun einmal tun, um das Aufzeigen von Kontinuitäten und Diskontinuitäten bemüht, sich auf Zäsuren konzentriert, welche weitgehend die gängigen sind, und auf Verläufe, die weitgehend vertraut sind.

Es fehlt das Originelle, das erhellend Anekdotische und weitgehend auch das empirisch Erhärtete. Und allzu oft werden gängige Formeln in den Raum gestellt, die nun einmal als die üblichen terminologischen Korke auf den Diskursgewässern der Republik tanzen, ohne daß wirklich nach ihren Substraten gefragt würde. Was die „Berliner Republik“ denn eigentlich ist, was der Name der Hauptstadt hier semantisch wirklich ausdrückt, weiß auch Conze nicht zu sagen. Man muß gewiß nicht die Vorbehalte des Rezensenten gegen die „Berliner Republik“ als Chiffre für einen unitarischen Spätwilhelminismus teilen. Aber selbst wenn man solche Vorbehalte als süddeutsch-kleinkariert abtut, müßte man doch positiv benennen können, was denn die „Berliner Republik“ politisch-kulturell anbieten soll. Und „Neoliberalismus“ ist zunächst nichts anderes als eine aus der Not geborene Kampfformel, in aller Regel des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lagers, gegen die Deregulierungstendenzen in den westlichen Volkswirtschaften seit den achtziger Jahren. Was aber ist eigentlich „Neo“, und was sind dabei deutsche Spezifika?

Daß die Bundesrepublik spätestens ab den frühen siebziger Jahren in beachtlichem Maße dem „Pfad“ der westlichen Volkswirtschaften aus der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft folgte, ist eine Binsenweisheit. Wer diese Tendenz beschreibt, lehnt sich einfach an einen vorgegebenen Rahmen an. Dieser ist allgemein geläufig. Aber das eigentlich spannende sollte doch sein, daß man eben im deutschen Beispiel hier nicht stehen bleiben darf: Deutschland verfügt wohl nach wie vor – die aktuelle Weltwirtschaftskrise zeigt dies mit ihren positiven wie negativen Weiterungen – als einzige westliche Volkswirtschaft von Rang über einen industriellen Kern, der trotz mancherlei verllorener Abwehrschlachten, von der Spiegelreflexkamera bis zum Transrapid, nach wie vor global zählt. Die sogenannten „reifen“ Industrien, an erster Stelle Maschinenbau, Optik und Chemie, haben trotz aller verheerenden Prognosen überlebt, vielfach durch Verlagerung der Fertigung besonders preiswerter Komponenten ins Ausland. Aber in Summe ist die Eigenart der deutschen Technikgestaltung, wie sie zuletzt Joachim Radkau in Abgrenzung zu den Pfaden in den angelsächsischen Staaten beschrieben hat, im Lande erhalten geblieben. Man denke nur an das Geflecht des Maschinenbaus im Verdichtungsraum Mittlerer Neckar. Da Ländergeschichten stets um das Allgemeine wie um das Besondere kreisen sollten, wäre hier eine unbestreitbare deutsche Spezifik festzumachen.

Genauso wie umgekehrt eine Besonderheit der deutschen Ökonomie eben darin besteht, daß das Land im internationalen Maßstab schon seit langem über eine nur schwache Banken- und Geldmarktstruktur verfügt. Zur Veranschaulichung des spezifischen deutschen Pfades hätte im übrigen auch gehört, daß der Typus jenes Wirtschaftswunder-Unternehmers – und sei es auch nur anekdotenhaft – vorgeführt worden wäre, der für einige Jahrzehnte durchaus als Leitbild prägend war.

Wichtig wäre dabei, zweierlei Faktoren zu berücksichtigen: Zum einen – nur soviel zum Thema Kontinuität – handelte es sich dabei zumeist um Akteure, deren unternehmerische Anfänge bereits in die ausgehende Weimarer Republik oder in die Zeit der NS-Diktatur zurückreichen und deren Aktionsradius dann in der frühen Nachkriegszeit einen Quantensprung erfuhr. Und zum zweiten – auch dies wäre für die Wirtschaftswunderjahre wichtig – handelte es sich vielfach um unternehmerische Betätigungen nicht im Bereich von Grundstoffen und Investitionsgütern, sondern in den neuen Wachstumsmärkten der Konsumwaren und Produkte für die Freizeitgestaltung. Beispiele hierfür sind Max Grundig mit seinen Tonbandgeräten, die Familie Porst mit ihrem Fotohandel, die Gebrüder Daßler mit ihren Sportschuhfabriken, schließlich die Dynastien des Versandhandels. Das alles wäre hier typisch. Und typisch wäre eben auch, daß das ungebremschte Wachstum dieser Exponenten des Wirtschaftswunderlandes in den achtziger Jahren jäh an seine Grenzen gelangte, als in Gestalt der „Triade“ (Nordamerika, Westeuropa, Japan), der Vorstufe der Globalisierung, erstmals übermächtige japanische Konkurrenz auftauchte und im übrigen Sättigungstendenzen auf den Märkten erkennbar wurden.

Auch der Zusammenhang von Politik und Ökonomie ließe sich vielfach deutlicher herausarbeiten: 1966 entglitt den Unionsparteien, beginnend mit der Niederlage bei der Landtagswahl vom Juli, mit Nordrhein-Westfalen das Kernland der alten Bundesrepublik. Der Zusammenhang mit dem Ende der Hegemonie der Union im Bund ist mit Händen zu greifen; ein knappes halbes Jahr später wurde die erste Große Koalition begründet, wiederum knapp drei Jahre später brachte die sozialliberale Koalition die erstmalige Verbannung der CDU/CSU auf die Oppositionsbänke. 1966 war aber auch ein Jahr, in dem das Zechensterben an Rhein und Ruhr besonders rapide voranschritt: Dreizehn Zechen mußten hier in diesem Jahr geschlossen werden.

Auch die Krise der Montanindustrie, zumal des Bergbaus seit Ende der fünfziger Jahre, ist ein wichtiges Signum der sozioökonomischen Entwicklung der Republik überhaupt. Daraus resultierte der Niedergang der spezifischen Ruhrgebietskultur, und damit korrelierte die ökonomische Gewichtsverlagerung von West- nach Süddeutschland, wo völlig neue, moderne Industrien aufgebaut wurden.

Eher im vertrauten konventionellen Gelände verbleibt der Autor auch gerne da, wo es um die politischen wie um die geschichtspolitischen Kernbereiche geht: Man kann Ludwig Erhard mit gutem Grund für den bisher schwächsten Kanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte halten. Zugleich verblüfft aber doch, wie abschätzig hier über seine in der Tat reichlich einsame Entscheidung geurteilt wird, 1965 – in der Krise zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten mit Walter Ulbrichts DDR als Krisenbeschleuniger – einen gordischen Knoten zu durchschlagen und diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Unbestreitbar hatte Erhard unter anderem damals den professionellen Apparat des Auswärtigen Amtes mit seinen traditionellen pro-arabischen Tendenzen gegen sich, die für sich gewiß nicht durchgängig rühmlich waren. Aber kann man nicht mit gutem Grund umgekehrt dahin argumentieren, daß Erhard, wenn auch durch Walter Ulbrichts Besuch beim ägyptischen Präsidenten Nasser in die Defensive gedrängt, einen geschichtspolitisch wohl legitimierten Befreiungsschlag unternahm und endlich das tat, was ohnehin in der Logik des Luxemburger Abkommens zwischen der Bundesrepublik, Israel und der Jewish Claims Conference von 1952 lag? Im übrigen: Die verdeckte Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Israel im Rüstungsbereich geht nicht auf die Begegnung zwischen Adenauer und Ben Gurion 1960 in New York zurück, sondern bereits auf die Begegnung zwischen Franz Josef Strauß – damals Bundesverteidigungs-

minister – und Shimon Peres – damals Generalsekretär des israelischen Verteidigungsministeriums – Ende 1957 in Strauß' abgeschirmter Enklave Rott am Inn.

Was die frühe SPD in Westdeutschland anbelangt, bis zu den Zeiten der strategischen Dominanz Herbert Wehners und der medialen Hegemonie Willy Brandts beschränkt sich der Autor auf das gängige Urteil einer Abkapselung auf die Funktionärs- und Ideologietradition der Weimarer Republik unter dem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher bis 1952 und sodann unter Erich Ollenhauer bis 1963. Auch dieses Bild ist über die Maßen einseitig tradiert. Denn es blendet die pragmatisch-gestalterische Rolle, auch bereits mit bemerkenswerten gesellschaftspolitischen Integrationsleistungen, der SPD in den Ländern und Kommunen aus. Diese Rolle war – etwa mit Wilhelm Kaisen in Bremen, Max Brauer in Hamburg und Georg August Zinn in Hessen – außenpolitisch pro-westlich, innenpolitisch vielfach auch auf seiten der Wiederbewaffnung, wirtschaftlich pragmatisch und gesellschaftspolitisch unter anderem mit bemerkenswertem Erfolg auf die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge bedacht. Die Umpolung der Bundes-SPD seit Ende der fünfziger Jahre wäre ohne dieses zweite, gestalterisch-weltoffene Standbein in Ländern und Kommunen wohl schwerlich möglich gewesen. Auch hier zeigt sich im übrigen, daß die Bundesrepublik eben nur als pluraler Föderalstaat verstanden werden kann.

Der Autor verwendet bemerkenswert ausführliche Passagen auf die geschichtspolitischen Kontroversen der Republik, auf die Fragen nach Verdrängen und Beschweigen der NS-Barbarei in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, auf den Anspruch der „68er“, die eigentlichen Aufklärer gewesen zu sein, auf den sogenannten Historikerstreit der späteren achtziger Jahre und die Ambitionen der Regierung Kohl, mit Museen Geschichtsbilder plastisch werden zu lassen, und schließlich auf die Konflikte um DDR-Forschung und DDR-Vergangenheit aus der jüngsten Zeit. Alles, was hier erzählt wird, provoziert schwerlich zum apodiktischen Widerspruch, aber es erscheint eben nahezu alles in diesen Zusammenhängen auch konform, glattgebügelt und zugleich nicht allzu inspiriert. Manche Legenden werden auf wohlthuende Weise nochmals widerlegt, etwa die, daß die Studenten der späten sechziger Jahre die Aufklärung über die nationalsozialistische Diktaturgeschichte sozusagen erst im Konflikt der Generationen am Familientisch erzwungen hätten. Dies ist aber heute auch nicht mehr Gegenstand der Diskussion.

Zu fragen ist doch vielmehr, ob es nicht unter dem vielerlei Schutt, den die Diskursfeldzüge hinterlassen haben, einzelne Edelsteine gibt, die, ans Tageslicht befördert, noch einmal zum Funkeln gebracht werden könnten. Die frühe Bundesrepublik war auch ein gutes Stück Ausdruck des Bemühens, das vornationalstaatliche Alteuropa auf westdeutschem Boden zu rekonstruieren – sozusagen als innerliche Abwendung vom Bismarckreich. Adenauer stand dafür partiell, so wie er partiell natürlich auch ein Kind des Bismarckreiches selbst war. Als Historiker stand dafür Franz Schnabel, im sogenannten Dritten Reich mit Berufsverbot belegt, anders als Theodor Schieder, Werner Conze und Fritz Fischer, die in Westdeutschland nach dem Krieg reüssierten. Im Kern war er Vertreter eines föderal-freiheitlichen Gedankens mit katholischer Grundierung. In heutige Raster paßt so etwas zumeist nicht. In gewisser Weise hat diese Linie, bis in die Gegenwart, Hans Maier fortgesetzt.

Auf der anderen Seite wäre es durchaus wohlthuend zu erfahren, daß die „68er“ sich in Teilen auch aus dem Arsenal von Carl Schmitt bedienen, was seine Reflexionen über Rolle und Legitimation des Partisanen anbelangt, wie sein antagonistisches Grundgerüst vom zwingenden Freund-Feind-Denken in der politischen Auseinandersetzung. Rühm-

lich waren solche Anleihen beim späteren NS-Kronjuristen gewiß nicht, und gerne wird das heute verschwiegen.

Conzes Gesamtdarstellung zur Geschichte der Bundesrepublik ist gewiß nicht einfach mißlungen. Sie enthält viel, vielleicht eben zuviel und vielerlei nebeneinander. Sie ist geschichtspolitisch nicht an den originellen Rändern der Diskursfelder festgemacht, sondern bewegt sich in einer braven Mitte, wo man wenig aneckt. Sie enthält zugleich durchaus manches, was lange nicht hinreichend Beachtung fand, mit langfristig negativen Folgen: an erster Stelle seine exzellente Analyse der demographischen Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland mit jener fatalen Abwärtsspirale, die sich heute abzeichnet.

Verblüfft ist man trotzdem: Diese Darstellung erscheint zu einem Zeitpunkt, an dem wir, was die intime Kenntnis von historischen Vorgängen, den Aufschluß von Quellen und die Forschungslage ganz allgemein anbelangt, eigentlich um vieles weiter sein sollten als in den achtziger Jahren. Gleichwohl vermag doch bis heute offenkundig nichts die von 1981 bis 1987 erschienenen sechs Bände *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* zu ersetzen, die von Karl-Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jäckel herausgegeben wurden, von Andreas Wirschings Schlußband zu den achtziger Jahren einmal abgesehen. Die Sicherheit in der Auswahl des Anekdotischen, die Schönheit und Lakonie im Satzbau, die Verbindung von Politik- und Strukturgeschichte bis hin zu einem umfassenden und belastbaren Zahlenwerk und insgesamt die Fähigkeit zur großen Erzählung – dies alles macht weiterhin ein Werk aus, dessen Niveau die jungen Epigonen von heute augenscheinlich nicht mehr zu erreichen vermögen.